

Kämpfe um Tempelanlage

pes. FRANKFURT, 22. April. Im Grenzgebiet zwischen Thailand und Kambodscha ist es am Freitag ein weiteres Mal zu Kämpfen gekommen. Der Schauplatz der Zusammenstöße, bei denen nach thailändischen Angaben zwei Mitglieder einer paramilitärischen Einheit ums Leben kamen, war eine Tempelanlage, die etwa 150 Kilometer südwestlich von Preah Vihear liegt. Um diesen Tempel, der vom Internationalen Gerichtshof im Jahre 1962 Kambodscha zugesprochen worden war, hatte es zuletzt im Februar Kämpfe gegeben. Bei den Schießereien am Freitag wurden nach Angaben des kambodschanischen Regierungssprechers drei kambodschanische Soldaten getötet. Über Ursache und Verlauf der Kämpfe gibt es widersprüchliche Angaben. Beide Seiten behaupten, die jeweils andere habe zuerst geschossen.

Nach den Zusammenstößen im Februar hatten sich Kambodscha und Thailand auf einen Waffenstillstand verständigt. Dieser sollte von indonesischen Beobachtern überwacht werden. Bislang konnten diese ihre Posten aber nicht beziehen. Nach kambodschanischen Angaben liegt das daran, dass Thailand der Mission noch nicht endgültig zugestimmt hat.



Das Verhältnis der Nachbarstaaten ist seit längerer Zeit angespannt. Der Verlauf der Grenze ist in weiten Teilen umstritten. Deshalb kommt es immer wieder zu Konflikten, zumal in beiden Ländern schnell die „nationale Ehre“ bemüht wird, die es zu verteidigen gelte. Erschwerend kommt zur Zeit hinzu, dass Thailand kurz vor einer Parlamentswahl steht. Das Land ist seit einigen Jahren tief gespalten. Anhänger des vom Militär gestürzten ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra („Rothemden“) und „Gelbhemden“, die der Elite des Landes und dem Königshaus nahestehen sollen, liefern sich heftige, zum Teil gewalttätige Auseinandersetzungen. Besonders die „Gelbhemden“ sind in jüngster Zeit durch nationalistische Äußerungen aufgefallen. Sie warfen der Regierung im Konflikt mit Kambodscha zu große Nachgiebigkeit vor.

Als Reaktion auf die neuerlichen Zusammenstöße forderten Vertreter des Verbandes Südostasiatischer Nationen (Asean) die Konfliktparteien zur Mäßigung auf. Der indonesische Außenminister soll vermitteln.

Obama erwägt Friedensplan

hr. JERUSALEM, 22. April. Der amerikanische Präsident Obama erwägt offenbar, einen neuen Nahost-Friedensplan vorzulegen. Nach Informationen der Zeitung „New York Times“ soll er einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem vorsehen. Die Palästinenser sollen demnach im Gegenzug auf eine Rückkehr der Flüchtlinge verzichten, während Israel umfangreiche Sicherheitsgarantien erhalten könnte. Der frühere palästinensische Außenminister Schaath bezeichnete jedoch das Rückkehrrecht als entscheidend. In Israel zitierte die Presse ungenannte Regierungsvertreter, die davor warnten, den Konfliktparteien einen Friedensplan aufzuzwingen. Auch könnte ein Vorstoß Obamas eine neue Initiative des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu erschweren. Er wird möglicherweise Ende Mai vor dem Kongress in Washington seine Vorstellungen darlegen. Obama will angeblich mit seinem Plan, über den jedoch in seiner Regierung laut dem Zeitungsbericht noch keine Einigkeit besteht, schon zuvor an die Öffentlichkeit gehen. Unterdessen unterstützen in Tel Aviv eine Gruppe prominenter israelischer Intellektueller und Künstler die Gründung eines palästinensischen Staats. Vor dem Gebäude, in dem einst David Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels verkündet hatte, verließen sie eine Unabhängigkeitserklärung für einen palästinensischen Staat. Rechte Demonstranten beschimpften die Gruppe, der 17 Israelis angehören, die mit dem renommierten Israel-Preis ausgezeichnet wurden, als „Verräter“ und „fünfte Kolonne“. Unterdessen haben die israelischen Streitkräfte vor Anschlägen der Hizbullah auf israelische Touristen im Ausland gewarnt. Während des eine Woche dauernden jüdischen Passah-Festes reisen Zehntausende Israelis ins Ausland.

400 Polizisten schützen Roma in ungarischem Dorf

Frauen und Kinder werden vor Aufmarsch von Rechtsextremisten in Sicherheit gebracht

R.O. WIEN, 22. April. Das ungarische Innenministerium hat vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei in die nordostungarische Ortschaft Gyöngyospata beordert, um den Schutz der dort lebenden Roma zu gewährleisten. Die 400 Polizisten umzingelten und kontrollierten ein Gelände von mehreren Hektar, auf dem sich am Freitagvormittag Angehörige der rechtsradikalen Vereinigung „Véderő“ („Schutzmacht“), die die Fläche erworben hat, zusammengefunden haben, um bis Sonntag paramilitärische Übungen abzuhalten. Die Teilnehmer an dem Ausbildungslager, „vaterlandsliebende Jugendliche und Erwachsene, die sich militärische Grundkenntnisse und Grundkenntnisse in der Selbstverteidigung aneignen möchten“, waren vom „Kommandanten“ Tamás Eszes aufgefordert worden, uniformiert und mit Gummigeschoss-Waffen zu erscheinen. Aus Sorge vor Ausschreitungen haben das ungarische Rote Kreuz und die Vereinigung „Gemeinsam für das Gemeinwohl“ alle Roma-Frauen und -Kinder – zusammen 276 Personen – aus dem Ort in Sicherheit gebracht. Sie wurden mit Bussen in das Ferienlager Csillebéc am Stadtrand von Budapest verbracht, wie die ungarische Nachrichtenagentur MTI berichtete. Nur noch männliche Roma seien in Gyöngyospata geblieben, um ihre Häuser zu schützen; der Ort hat insgesamt etwa 2800 Einwohner. Der Weg zwischen der Roma-Siedlung und dem Trainingslager ist von der Polizei gesperrt worden.

Seit Wochen sind die Kleinstadt Hajdúhadháza sowie Gyöngyospata und benachbarte Ortschaften mit hohem Roma-Anteil Schauplätze von Aufmärschen und „Patrouillen“ der rechtsextremistischen



Flucht: Aus Furcht vor Angriffen von Rechtsextremisten verlassen Roma-Familien ein Dorf im Nordosten Ungarns.

Foto daps

Bürgerwehr „Szébb Jövőért“ („Für eine bessere Zukunft“) und anderer Gruppierungen, die nach eigenen Angaben „für Ordnung und Sicherheit“ sowie gegen „Zigeunerkriminalität“ auftreten. Innenminister Pintér hat deren Aufmärsche zwar verboten, dennoch kommt es weiter dazu. Festgenommene Rechtsextremisten mussten aufgrund gerichtlicher Verfügungen mit der Begründung wieder freigelassen

werden, sie hätten nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. „Szébb Jövőért“ ist die Nachfolgeorganisation der gerichtlich verbotenen „Ungarischen Garde“ und steht wie diese mit der rechtsradikalen Jobbik-Partei („Bewegung für ein besseres Ungarn“) in Verbindung. Auch die „Garde“ hatte mit uniformierten Aufmärschen in Ortschaften mit hohem Bevölkerungsanteil von Roma für Aufsehen

gesorgt. Jobbik ist mit 47 Abgeordneten die drittstärkste Kraft im ungarischen Parlament. Ihre Abgeordneten waren in den betroffenen Ortschaften zusammen mit Mitgliedern der sogenannten Bürgerwehren aufgetreten. In Budapest stehen derzeit vier Männer wegen einer Serie von sechs Morden an Roma in den Jahren 2008 und 2009 vor Gericht. Zwei von ihnen waren Mitglieder der „Garde“.

Nečas setzt sich in Prager Regierungskrise nicht durch

Sicherheitsfirma behält ihren Einfluss im Kabinett / Klaus ernannt parteilose Minister

kps. WIEN, 22. April. Der tschechische Präsident Václav Klaus hat am Donnerstag mit der Ernennung von zwei neuen parteilosen Ministern die Regierungskrise beendet. Nachfolger von Rudolf John als Innenminister wird der frühere Chef der Sonderinheit der Polizei zur Bekämpfung des Organisierten Verbrechens (Uskok), Jan Kubice; das Verkehrsministerium übernimmt Radek Šmerda, der Stellvertreter des bisherigen Ministers Vít Bárta. John und Bárta gehören der Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (VV) an, die durch eine Korruptionsaffäre die Regierungskrise ausgelöst hatte.

Bárta scheidet bis zur Überprüfung des Vorwurfs, er habe zwei VV-Abgeordnete bestochen, damit sie über die Finanzierung der Partei Stillschweigen bewahrten, aus der Regierung aus. John bleibt hingegen stellvertretender Ministerpräsident, und

der dritte VV-Minister, Josef Dobeš (Erziehung), dessen Rücktritt Ministerpräsident Petr Nečas von der konservativen ODS ebenfalls verlangt hatte, behielt sein Amt.

Nečas hatte angekündigt, den Einfluss Bárta und der von ihm gegründeten Sicherheitsfirma ABL auf die Regierung beenden zu wollen. Diesem Ziel ist er nur im Innenministerium näher gekommen. Der neue Minister Kubice gilt als integer und erfahren genug, um sich der Unterwanderung des Ressorts durch verschiedene Seilschaften zu widersetzen. Vor den Wahlen 2006 hatte Kubice dem damaligen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Jiří Paroubek in einem Bericht an das Parlament Kontakte zur Unterwelt vorgehalten. Das kostete Kubice damals das Amt, erhöhte aber sein Prestige, führte aber nun dazu, dass die Linksopposition seine Ernennung nun heftig kritisiert.

Der ehemalige Fernsehmoderator und VV-Vorsitzende John, der als Strohmann des ABL-Gründers Bárta gilt, bleibt in der Regierung und erhält ausgerechnet die Korruptionsbekämpfung als Geschäftsbereich. Der neue Verkehrsminister Šmerda will die Führung seines Ressorts nach eigenen Angaben mit seinem früheren Chef absprechen. Über John und Šmerda dürfte Bárta also weiter Einfluss auf die Regierung haben. Auch Erziehungsminister Dobeš arbeitete vor seiner politischen Karriere für ABL.

Da es Nečas nicht gelang, sich in der Regierungskrise durchzusetzen, ist seine Stellung jetzt noch schwächer als zuvor. Wie ein an die Medien gelangter Mitschnitt eines Gesprächs belegt, wollte eine Gruppe in der ODS um den Fraktionsvorsitzenden Petr Tluchoch die Bestechungsaffäre nützen, um die VV aus der

Koalition auszuschließen und auf diese Weise auch Nečas loszuwerden. Die Regierungskrise, die bei VV begann, endete somit bei der ODS, die als tief gespaltenen Partei mit einem schwachen Vorsitzenden vorgeführt wurde.

Am Tag der Ernennung der neuen Minister fand in Prag eine Tagung zum 20. Jahrestag der Gründung der ODS statt, zu der auch ihre beiden früheren Vorsitzenden Václav Klaus und Mirek Topolánek erschienen. Topolánek rief zum Bruch mit der VV auf, da sie als Instrument einer Spitzelfirma eine Bedrohung der Freiheit sei, und warnte die ODS, den Ratschlägen des Präsidenten zu folgen. Klaus wiederum warf Topolánek vor, er habe die ODS unterschiedlichen Interessensgruppen ausgeliefert, und Nečas, dass er zu schwach sei, um sie wieder zur einer prinzipienfesten Partei der Rechten zu machen.

Vergangenheit, die nicht vergehen will

Die Relikte des italienischen Faschismus sollen in Südtirol entschärft werden. Nach Ostern wird ein Entwurf für die Umgestaltung des Duce-Reliefs in Bozen präsentiert.

Von Reinhard Olt

BOZEN, 22. April. „Ich habe einen Brief in der Hand, der sogar über das hinausgeht, was wir gefordert hatten.“ Was Luis Durnwalder mitteilte, verschlug manch Zuhörern die Sprache. Rom zeigt sich nach Jahrzehnten strikter Weigerung bereit, den Relikten des Faschismus im italienischen Teil Tirols die Anziehungskraft zu nehmen – bis hin zu ihrer Demontage. In dem Schreiben hatte der vormalige Kulturminister Sandro Bondi dem Südtiroler Landeshauptmann mitgeteilt, dass er die Zukunft aller in Südtirol vorhandenen Zeugnisse der Herrschaft Mussolinis in die Verantwortung der Autonomen Provinz lege. Der Grund für das überraschende Einlenken: Siegfried Brugger und Karl Zeller, Abgeordnete der Südtiroler Volkspartei (SVP) in der römischen Parlamentarkammer, hatten sich beim seinerzeitigen Misstrauensantrag gegen den mittlerweile durch Berlusconi Parteigänger Giancarlo Galan ersetzten Bondi der Stimme enthalten und dafür im Gegenzug jene Zusagen erhalten. Laut Durnwalder gelten sie trotz des Ministerwechsels fort.

Die italienischen Rechtsparteien in Südtirol sind entrüstet. Sie machen Front gegen den „Verrat an Italien“. So organisierte Donato Seppi, Abgeordneter der „Unitalia“ im Südtiroler Landtag, eine Demonstration gegen die Entschärfung der faschistischen Denkmäler. Dazu ließ er vom Trentino über die Lombardei bis ins Veneto Anhänger mobilisieren. Gut tausend Personen nahmen am „Marsch auf Bozen“ teil, zu dem neofaschistische Gruppierungen aufgerufen hatten. Die Zugeständnisse Roms ließ auch Südtiroler Parlamentarier von Berlusconi PdL und aus der abgespaltenen FLI-Fraktion des vormaligen Postfaschisten Gianfranco Fini, verstört zurück. Für Giorgio Holzmann (PdL) muss „die Regierung die Verantwortung für ihre Taten übernehmen“. Ebenso wie der PdL-Landtagsabgeordnete Mauro Minniti und 15 Gemeinderäte des Südtirol-Ablegers des PdL trat er von allen Parteifunktionen zurück. Und Alessandro Urzi (FLI) ist

„froh, dieser Regierung den Rücken gekehrt zu haben“.

Was sind das für Relikte, die seit Jahrzehnten immer wieder Anlass für erbitterte Auseinandersetzungen bieten? Da ist zum einen das Siegesdenkmal in Bozen. Es war auf Anordnung Benito Mussolinis errichtet worden. Die im imperial-römischen Stil gehaltenen faschistischen Symbole, die Säulen, Pilaster und Liktorenbündel, sind für die beiden Sprach- und Volksgruppen der Deutschen und Ladiner „Ausdruck der Beleidigung und Unterjochung“. Zumal auf dem Denkmal die Inschrift prangt: „Hic patriae fines siste signa, hinc ceteros excolimus lingua legibus artibus“ („Hier an den Grenzen des Vaterlandes setze die Feldzeichen. Von hier aus bilden wir die anderen durch Sprache, Gesetze und Künste“).

Sodann befindet sich an der Stirnseite des Gebäudes der Bozner Finanzverwaltung – des einstigen „Houses des Faschismus“ – ein monumentales Relief. Im Zentrum des von Hans Piffraeder geschaffenen Bilderfrieses tut der Duce in Reiterpose, den Arm zum Faschistengruß erhoben, den Leitspruch der Bewegung kund: „Credere, obbedire, combattere“ („Glauben, gehorchen, kämpfen“). Das Monstrum von 36 Metern Länge und fünfzehn Meter Höhe besteht aus 57 Travertin-Plat-

ten, die zusammen 95 Tonnen wiegen. Als der abgesetzte Mussolini 1943 als Hitlers Satrap in der „Republik von Salò“ „regierte“ und die deutsche Wehrmacht einrückte, fehlten an Piffraeders Werk noch drei Platten. Das demokratische Italien ließ sie 1957 montieren, als Staatspräsident Giovanni Gronchi dem „Alto Adige und Bolzano“ einen Besuch abstattete.

Das Alpini-Denkmal in Bruneck im Pustertal – im Volksmund „Kapuzinerwastl“ – war 1938 zu Ehren der „Divisione Pusteria“ errichtet worden, die in den italienischen Kolonialkriegen bei der Unterwerfung Äthiopiens im Einsatz war. Es war in den sechziger Jahren mehrmals Ziel von Sprengstoffanschlägen und Farbatracken des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS), weshalb von der ursprünglich mannshohen Statue bloß ein Kopf-Torso auf einem Steinsockel erhalten blieb. Umstritten ist es nicht nur wegen der italienischen Kriegsverbrechen in Äthiopien, sondern auch wegen seines symbolischen Gehalts als „Monument der italienischen Besetzung in Südtirol“, den die Oppositionsparteien „Südtiroler Freiheit“, „Union für Südtirol“ und „Freiheitliche“ darin erkennen wollen. Sie sehen sich durch alljährliche Aufmärsche von Abordnungen rechtsextremer italienischer Grup-



Anstößiger Triumphbogen: Das Siegesdenkmal in Bozen

Foto picture-alliance/dpa

Ausland in Kürze

Haft für Mubarak verlängert – Der ehemalige ägyptische Präsident Mubarak muss weiter in Haft bleiben. Der Generalstaatsanwalt verlängerte die Untersuchungshaft am Freitag um weitere 15 Tage, wie Staatsmedien berichteten. Der 82 Jahre alte Politiker wird in einem Krankenhaus in Scharm el Scheich (Sinai) festgehalten. Ihm wird Korruption vorgeworfen. Zudem soll er Gewalt gegen Demonstranten angeordnet haben. Diese Vorwürfe hat Mubarak zurückgewiesen. (dpa)

Terroristenführer gefasst – Afghanistanische und internationale Einsatzkräfte haben bei Kundus nach eigenen Angaben den Führer der terroristischen Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) gefasst. Der Islamist sei nach wochenlangem Beschattung in der zum Verantwortungsbereich der Bundeswehr gehörenden Provinz Kundus verhaftet worden, teilte die internationale Schutztruppe Isaf in Kabul mit. Der Mann sei für schwere Sprengstoffanschläge im Norden Afghanistans verantwortlich. Am Freitag kamen fünf afghanische Grenzpolizisten bei einem Anschlag auf ihr Fahrzeug in der Provinz Kandahar ums Leben. In der östlichen Stat Dschalalabad wurden drei Polizisten bei einem Sprengstoffanschlag auf einen Polizeibus getötet. Die Isaf meldete zwei Gefallene im Osten des Landes. (dpa)

„Al-Qaida-Terrorist getötet“ – Ein führendes Mitglied des Terrornetzes Al Qaida im russischen Nordkaukasus ist nach offiziellen Angaben bei einem Gefecht mit kretreuen Einheiten getötet worden. Der Mann mit dem Kampfnamen Moganned habe bei den Islamisten „als unbestrittene religiöse Autorität und machtvoller Kommandeur“ gegolten. Das teilte das moskautreue Nationale Anti-Terror-Komitee am Freitag nach Angaben der Agentur Interfax mit. (dpa)

Gespräche über Menschenrechte – Eine Delegation der amerikanischen Regierung reist in der kommenden Woche zu Gesprächen über Menschenrechte nach Peking. Zur Sprache kommen sollten „der jüngste negative Trend zu gewaltsamen Verschwindenlassen, illegalen Festnahmen, Verhaftungen und Verurteilungen sowie Rechtsstaatlichkeit, Religions- und Meinungsfreiheit, die Rechte von Arbeitern und Minderheiten und andere wichtige Menschenrechtsthemen“, teilte das Außenministerium in Washington mit. Die Delegation wolle mit chinesischen Experten zusammentreffen, hieß es in der Mitteilung. (Reuters)

Anklage in Nordirland – Im Fall des Anfang des Monats bei einem Bombenanschlag getöteten nordirischen Polizisten haben Behörden einen Verdächtigen angeklagt. Wie die nordirische Polizei mitteilte, werden dem Mann Waffenbesitz, der Besitz von Sprengstoff und die Absicht, damit Menschen zu gefährden, vorgeworfen. Wann es zur Verhandlung kommt, war zunächst unklar. (dapd)

Wahlprüfung in Haiti – Der Sieger der Präsidentenwahl in Haiti, Michel Martelly, will Vorwürfe prüfen lassen, bei der Parlamentswahl sei massiv betrogen worden. „Die Ergebnisse bei der Wahl des Abgeordnetenhauses und des Senats scheinen nicht zu stimmen, der Wille des Volkes scheint nicht respektiert worden zu sein“, sagte der ehemalige Sänger am Donnerstag in einer Ansprache. Darauf wiesen die zahlreichen Proteste der Menschen hin. Den scheidenden Staatschef René Préval rief er auf, die Wahlergebnisse vor ihrer Überprüfung auf keinen Fall anzuerkennen. Oppositionspolitiker und ausländische Diplomaten hatten zuvor Prévals Partei Imité (Einheit) vorgeworfen, den Ausgang der Parlamentswahlen zu ihren Gunsten manipuliert zu haben. Laut den vom Provisorischen Wahlrat in der Nacht zum Donnerstag verkündeten Ergebnissen wurde Imité in beiden Kammern zur stärksten Kraft und könnte den Ministerpräsidenten stellen. (AFP)

Revolutionsmuseum in Bolivien – Der Geburtsort des linksgerichteten bolivianischen Präsidenten Evo Morales bekommt ein „Museum der Revolution“. Das Museum in Orinoca im süd-bolivianischen Hochland werde sich mit der Entkolonialisierung, der „Befreiung“ der Andenvölker und der Arbeit seiner Regierung auseinandersetzen, sagte Morales am Donnerstag bei einem Besuch in der Region. Studenten sollten dort in Archiven über die „nationale Befreiung“ forschen können. Das Museum, das auch einen Konferenzsaal und einen Filmvorführraum haben soll, wird umgerechnet zwei Millionen Euro kosten. (AFP)

Anschlag in Indonesien vereitelt – Die indonesischen Behörden haben einen Bombenanschlag mit potentiell verheerenden Folgen außerhalb der Hauptstadt Jakarta vereitelt. Mehrere unter einer Gasleitung nahe einer Kirche vergrabene Bomben wurden von der Polizei vor Ort entschärft. Weitere Bomben waren nahe dem Eingang deponiert. Die Sprengsätze waren so programmiert, dass sie am Morgen des Karfreitags detoniert wären, zu Beginn des Gottesdienstes in der 3000 Gläubige fassenden katholischen Kirche. „Streitkräfte und Polizei sind in erhöhter Alarmbereitschaft“, sagte Sicherheitsminister Djoko Suyanto. Am Freitag wurden im ganzen Land Hunderttausende Polizisten in der Nähe von Kirchen stationiert, 20 000 allein in der Hauptstadt Jakarta. (dapd)